

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

11.10.1921 (No. 237)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptgeschäft-
leiter
C. M e n d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 24 M 90 P. — Einzelnummer 40 P. — Anzeigengebühr: 50 P für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abgabe von Anzeigen wird die Haftung für die Richtigkeit der Angaben übernommen. In den amtierenden Verzeichnissen hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die Ausfuhr im kleinen Grenzverkehr.

Die für den Grenzverkehr gegebenen Ausfuhrerleichterungen haben zufolge der fortschreitenden Entwertung der deutschen Werta eine außerordentliche Steigerung der Ausfuhr im Grenzverkehr und damit eine für die Grenzbevölkerung sehr empfindliche Verringerung des Angebots und Preissteigerung von Gegenständen des täglichen Bedarfs herbeigeführt. Der Beauftragte des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung in Karlsruhe hat nunmehr im Einvernehmen mit der badischen Regierung die Sammelausfuhrbewilligungen für den kleinen Grenzverkehr sowie die Ermächtigung der Poststellen, gewisse Waren zur freien Ausfuhr zuzulassen, bis auf weiteres zurückgezogen.

Wegen einer weiteren, den Verhältnissen im kleinen Grenzverkehr entsprechenden Einschränkung der zur Ausfuhr völlig freigegebenen Waren sind neben noch Verhandlungen mit den zuständigen Reichsstellen.

* Drei Reden.

In den letzten Tagen sind drei große Reden gehalten worden, die für unser engeres und weiteres Vaterland von hoher Bedeutung sind. Wir meinen die Rede, die der badische Staatspräsident Trunk in der letzten Sitzung dieses Landtags einen Überblick gab über Staatsverwaltung und Landtagsarbeit seit der Revolution, die Rede des französischen Ministerpräsidenten Briand in St. Nazaire.

Alle drei Reden sind inhaltlich und ihrem Grundton nach für die Menschheit erfreulich. Und wenn auch im Rahmen der Weltgeschichte unser badisches Land nur einen kleinen Platz einnimmt, so ist doch das, was Staatspräsident Trunk schildern konnte, insofern auch für weitere Kreise interessant und wichtig, weil es am besten den Weg zur Gesundung illustriert, den das deutsche Volk beschritten hat. Auch der ausländische Politiker wird, wenn er den Trunk'schen Redenschaftsbericht ganz oder teilweise zu Gesicht bekommen sollte, daraus die Überzeugung entnehmen dürfen, daß wohl noch selten ein großes Volk der Geschichte so schwer zusammengebrochen ist, wie das deutsche, daß aber auch selten noch ein großes Volk so gewaltige und so erfolgreiche Anstrengungen gemacht hat, um sich in verhältnismäßig kurzer Zeit aus dem Zusammenbruch wieder zu erheben.

Jede Zeile der Trunk'schen Ausführungen, die wir im Wortlaut in der „Karlsruher Zeitung“ abgedruckt haben, läßt erkennen, mit welcher Fähigkeit und mit welcher vaterländischen Zuneigung das badische Volk in seiner großen Mehrheit an die Aufräumungsarbeit gegangen ist. Und mag auch noch keineswegs alles wieder im alten Gleise sein, mag auch die Verkettung mit der Lage des Reiches und der Gesamtmenschheit auf Badens Schultern drücken, so ist das Exposé des badischen Staatspräsidenten doch ein historisches Dokument, auf das wir stolz sein dürfen, weil es den Wiederaufstieg unseres zusammengebrochenen Volkes verkündet. Gewiß ist Baden nur ein Teil des deutschen Reiches. Aber seine Arbeit und seine Leistung darf sehr wohl als ein Gradmesser für die Leistungsfähigkeit des Ganzen betrachtet werden, und zwar auch dann, wenn man anerkennt, daß Baden, dank der Einsicht seiner Bevölkerung, in mancher Beziehung um ein paar Schritte in der Entwicklung voraus ist.

Mitten in die verhängnisvollen Probleme der Tagespolitik führen uns die beiden andern Reden. Was zunächst die Rede des Reichskanzlers betrifft, so ist sie eine der gehaltvollsten und bedeutendsten, die wir bisher aus dem Munde dieses Staatsmannes vernommen haben. Mit einer Entschiedenheit, deren Wirkung sich auch die vernünftigen und besonnenen Teile des Auslandes nicht entziehen werden, hat Dr. Wirth das deutsche Schicksal hingestellt als das Schicksal der ganzen Welt. „Die Folgen der großen Katastrophe des Weltkrieges sind ausgeartet in die große Weltfrage, ob es noch möglich ist, die Weltwirtschaftskatastrophe hintanzuhalten, bevor ein allgemeiner Weltbankrott der Zivilisation die gesamte Menschheit schädigt.“ Den großen Nationen der Erde geht es, wirtschaftlich betrachtet, nicht viel anders, als uns selbst. Und auch die Staaten, die zu den Siegern gehören, werden die große Sorge nicht los, weil man dort das versäumt hat, was man heute noch nachholen könnte, wenn man die Absicht hätte, den eigentlichen Frieden, den großen

Weltwirtschaftsfrieden für alle Völker herbeizuführen.“ Es hat sich eben gezeigt, daß es eine Torheit war, den Friedensvertrag von Versailles und das Londoner Ultimatum auf den Grundrissen eines politischen Diktats aufzubauen, das die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge vollkommen ignoriert. „Die weltwirtschaftlichen Folgen unserer großen Geldleistungen sind furchtbar. Und so wird es dazu kommen müssen, daß sich doch eines Tages die Wirtschaftskundigen und Verständigen aller Völker an einen Tisch zusammensetzen, um die große Krise der Welt hintanzuhalten.“

Es war gut, daß der Reichskanzler gerade in dieser Stunde, in der über das Schicksal Oberschlesiens entschieden werden soll, solches öffentlich gesagt hat. Und er hat denn auch den klaren Hinweis auf diese Entscheidung nicht gescheut. Mit Recht hat er die Abstimmung in Oberschlesien gekennzeichnet als einen Akt jener Demokratie, auf die die Westmächte pochen, jener Demokratie, die sie von uns erwarten. Wird das eindeutige Ergebnis dieser Abstimmung für nichts erachtet, so wird damit dem demokratischen Gedanken ein Stoß veretzt. Und der Reichskanzler ruft deshalb der Entente zu, sie möge das deutsche Volk gerade um des demokratischen Prinzips willen nicht täuschen. Das deutsche Volk sei des guten Willens, ein Reich der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens, u. sei es auch unter den größten Opfern, aufzubauen. „Denn aber, um des Schicksals Europas willen, um des Schicksals des arbeitenden deutschen Volkes willen, gebt uns eine gerechte, eine weitschauende, eine der Bedeutung angemessene Entscheidung in der oberschlesischen Frage!“ So wendet sich der Reichskanzler in letzter Stunde an die Entente. Gerade der Weltkrieg habe gezeigt, was ein Land (in diesem Falle Elsaß-Lothringen) für die Entwicklung der Völker bedeuten kann. „Hat die Entente wirklich Lust, im Osten ein Land zu konstruieren, um das auch in Deutschland noch nach Jahrzehnten getrauert werden müßte?“

Wir haben die Hoffnung, daß die Staatsmänner der Entente doch letzten Endes einsichtiger sein werden, als die vier Beauftragten des Völkerbundesrates. Umso mehr, als die Offenburger Rede des Reichskanzlers in ihren übrigen Teilen so vieles enthält, was der Entente die Verpflichtung auferlegen sollte, Deutschland gerecht zu behandeln und seiner augenblicklichen Regierung, zu der auch das Ausland Vertrauen gefaßt hat, nicht das Dasein unmöglich zu machen.

Über die innerpolitischen Fragen hat sich der Reichskanzler in Offenburg in einer Weise geäußert, die geeignet ist, um neues Vertrauen nach innen und nach außen zu werben. Es sind z. T. goldene Worte, die der Reichskanzler hier gesprochen hat. Er will nicht, daß wir heute in deutschen Landen allzu laute Feste feiern. Er warnt vor dem Versuch, unser Volk in zwei Heerlager zu spalten, die sich beide bis aufs Messer bekämpfen. Mit leidenschaftlichem Nachdruck propagiert er von neuem die Politik der Mitte. Die Arbeiterchaft, die im heutigen Staat eine so große Stellung einnimmt, erinnert er an die große Verantwortung, die ihr entsprechend dieser Stellung aufliegt. Bisher hat die deutsche Arbeiterchaft dieses Vertrauen gerechtfertigt. Und der Reichskanzler beschwört die für ihn schönste Erinnerung heraus, als in der Weimarer Nationalversammlung die besonnenen Vertreter des Bürgertums u. der Arbeiterchaft sich die Hände zu gemeinsamem Wirken gereicht hat. Diese Hände wollen wir nicht auseinanderreißen, sondern nur noch fester aneinanderbinden. Auf diesem Bund von Arbeit und Eigentum bauen wir unsere größte Hoffnung auf. Je schwächer ein Staat und seine Regierung sind, je geringer die Autorität im Volke geachtet wird, desto größer werden die Auswüchse kapitalistischer Ausbeutung sein.

Der große Bund von Arbeit und Besitz ist es, den der Reichskanzler begrüßen will. Und gerne ist er bereit, seinerseits einem der Herren von Besitz und Bildung das von ihm noch mitverwaltete Reichsfinanzministerium zu überlassen. Herzlich dankbar ist der Reichskanzler für jede Anregung, die ihm aus diesen Kreisen kommt. Und ebenso herzlich dankbar ist er dafür, wenn die Kreise, die freiwillig Opfer anbieten, auch in die Regierung eintreten wollen. Gelingt dem Reichskanzler die Errichtung dieses Bundes, und bleibt das deutsche Volk bei seinem Arbeitswillen und bei seiner Leistungsfähigkeit, so muß

„das große Werk der Rettung schon in den nächsten Jahren zu einem gewissen Abschluß gebracht werden.“

Wir vergehen alle diese Ausführungen mit besonderer Genugtuung. Und wenn der Reichskanzler gesagt hat, daß wie früher, so auch jetzt, unser Badener Land ein Hort treuester Volksgemeinschaft ist und auch in Zukunft dem deutschen Vaterlande voranleuchten müsse, so dürfen wir unerserfährlich feststellen, daß der Reichskanzler mit seiner Politik des Aufbaues und der Versöhnung wahrlich keine treuere Gefolgschaft finden wird, als gerade bei uns in Baden.

Was nun die Rede Briands betrifft, so ist auch sie ein deutlicher Beweis dafür, daß bei den Staatsmännern der Entente jene Einsicht zu wachsen beginnt, an die der Reichskanzler appelliert hat. Briand hat den Nationalisten seines Landes gegenüber erklärt, seine Politik sei in erster Linie eine Politik der Erhaltung des Friedens und der Konsolidierung der Bündnisse. Er hat die Forderung dieser Nationalisten nach einem schrofferen Auftreten abgelehnt. Noch viel bedeutungsvoller aber ist die Tatsache, daß er als der erste französische Ministerpräsident nach dem Kriege das französische Volk mit allem Ernst darauf aufmerksam gemacht hat, daß Deutschland in der Tat mit furchtbaren finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, daß z. B. die in dem Londoner Ultimatum festgesetzte Summe von 132 Milliarden Goldmark zurzeit des Waffenstillstandes kaum 250 Milliarden Papiermark, heute aber 4000 Milliarden Papiermark seien. Wenige Wochen seit dem Londoner Ultimatum hätten genügt, um alles auf den Kopf zu stellen und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands völlig zu verschieben.

Und weiter hat Briand in diesem Zusammenhang erklärt: „Wenn man einem Volk die Wahrheit vorenthält, wenn man es mit vagen Versprechungen abspießt, mit denen man sich leider bisher zufrieden gegeben hat, so setzt man es den furchtbarsten Enttäuschungen aus. Ich hoffe, und sage es laut, daß gegenüber einer solchen Situation die Großindustriellen und die Finanzleute der ganzen Welt die Notwendigkeit einsehen werden, solidarisch zu sein, und daß sie einsehen werden, daß zur Lösung einer solchen Situation, wie sie noch niemals dagewesen ist, es der Solidarität der ganzen Welt bedarf.“

Wenn man nun noch bedenkt, daß Briand ausdrücklich betont hat, die französische Regierung habe Vertrauen zu der augenblicklichen deutschen Regierung, so wird man es begreiflich finden, wenn wir nach alle dem von der Entente, und zwar gerade von Frankreich erwarten, daß es in der oberschlesischen Frage eine Entscheidung herbeizuführen hilft, die der Gerechtigkeit entspricht und Deutschland vor einer noch schlimmeren Zerrüttung seines Finanz- und Wirtschaftslebens bewahrt.

Poincaré —: der erste Totengräber Europas.

In seiner Polemik gegen Poincaré stellt Renaud eine Reihe von „Irrtümern“ und Unrichtigkeiten in dem amtlichen Gelbbuch sowohl wie in den von dem ehemaligen französischen Botschafter in Petersburg, Paléologue in der „Revue des deux Mondes“ veröffentlichten Erinnerungen über die Vorgeschichte des Krieges fest.

Es sei zwar richtig, daß der Zar am 29. Juli den Befehl gegeben habe, die vom Kriegsminister angeordnete allgemeine Mobilmachung aufzuhalten, unwahr sei aber, daß dies, wie dies in dem französischen Gelbbuch sowohl wie in den Erinnerungen von Paléologue behauptet wird, auch tatsächlich geschehen und infolgedessen zunächst nur dreizehn Armeekorps mobilisiert worden seien. Vor allem habe der Prozeß gegen den ehemaligen russischen Kriegsminister Suchomlinow den unumstößlichen Beweis dafür erbracht, daß der Befehl des Zaren nicht befolgt worden ist und daß tatsächlich am 29. Juli, also zwei Tage vor Deutschland, Rußland die allgemeine Mobilmachung befohlen habe. Diese Tatsache sei sowohl Paléologue bei der Niederschrift seiner Erinnerungen, wie der französischen Regierung bei der Abfassung des Gelbbuches bekannt gewesen. Beide Dokumente fälschten also die geschichtliche Wahrheit.

Einer weiteren Unwahrheit mache sich Paléologue schuldig, wenn er in seinen Erinnerungen den 28. Juli als das Datum der österreichischen Mobilmachung angebe, und er demitiere sich selbst, wenn er in einem im Gelbbuch veröffentlichten Telegramm vom 29. Juli Mitteilungen von einer Erklärung Sasa-

notwendig gegenüber dem deutschen Vorkämpfer mache, worin Sasanow die russischen Vorbereitungen mit der Unnachgiebigkeit Österreichs und mit der Tatsache, daß dieses bereits acht Armeekorps auf Kriegsfuß gesetzt habe, motiviere. Tatsächlich habe Österreich gleichfalls erst am 31. Juli die Generalmobilmachung angeordnet. Auch hier nehme es Paléologue mit der Wahrheit nicht sehr genau.

Renaud schließt, der Krieg wäre vermieden worden, wenn nicht Rußland durch seine im Einverständnis mit Poincaré und Viviani erfolgte Mobilmachung Berlin den Kriegsgrund gegeben hätte, und wenn England nicht bis zum 4. August Deutschland über seine Absicht, an der Seite Frankreichs und Rußlands einzugreifen, in Zweifel gelassen hätte.

Renaud schließt seine Polemik gegen Poincaré, dessen Ausführliche er mit einer Reihe von Zitaten aus den bekannten Berichten der diplomatischen Vertreter Belgiens in Berlin, Paris und London widerlegt, mit den Sätzen:

„Ihnen und Ihrer Politik ist es zuzuschreiben, daß aus französischem Boden in einer Ausdehnung von 600 Kilometern ein einziger Friedhof geworden ist, auf dem anderthalb Millionen Franzosen begraben liegen. Wilhelm II. hat trotz seines Eifers mit Ihnen nicht zu rivalisieren vermocht, denn die Deutschen haben auf der Westfront leider (!) weit weniger tote gehabt als wir. Sie, Herr Poincaré, können also den Ruhm in Anspruch nehmen, der erste Totengräber Europas zu sein. Wie dem auch sei, die Deutschen haben den Krieg verloren. Sie müssen begreifen, solange wir noch dank unserer zahlreichen Armeen über die Gewalt verfügen.“

„Man entnimmt“, so bemerkt die „Frf. Ztg.“ aus diesen Äußerungen, daß Herr Renaud nichts weniger als Pazifist ist. Er gehört der royalistischen Partei an und ist ausgesprochener Nationalist. Um so größerer Gewicht kommt seinem für Poincaré vernichtenden Urteil zu. Lloyd George hat vor einiger Zeit anerkannt, daß alle Regierungen ohne Ausnahme ein gut Teil Schuld am Kriege trifft, denn sie seien mehr oder weniger unbewußt „hineingetaumelt“. Es kann uns nicht in den Sinn kommen, die Schuld der damaligen deutschen Regierung irgendwie verkleinern zu wollen; aber wir stellen fest, daß für die leitenden Staatsmänner Frankreichs hier von einem Franzosen an der Hand unwiderleglicher Dokumente der Beweis geführt wird, daß sie nicht unbewußt in den Krieg „hineingetaumelt“ sind, sondern daß sie ihn bewußt herbeigeführt und systematisch vorbereitet haben. Die Wahrheit ist auf dem Marsche!“

Der Weg zum 11. 11. 1918.

Der durch seine schriftstellerische Tätigkeit und seine Teilnahme am Kampfe in weiten Kreisen bekannt gewordene Oberst Bauer hat jetzt ein sehr aufschlußreiches Buch im Ostländerischen Verlag (Lüdingen) erscheinen lassen, das betitelt ist: „Der große Krieg in Feld und Heimat“. Dessen Buch widmet Hauptmann a. D. Willy Meyer in der „Berliner Volkszeitung“ eine kritische Würdigung, deren Einleitung wir folgendes entnehmen:

Der Verfasser dieses Buches hat von Beginn des Krieges bis Oktober 1918 (bis zum Rücktritt Ludendorffs) der Obersten Heeresleitung (O.H.L.) ohne Unterbrechung in einflussreicher Stellung angehört. Dort war er neben dem ersten Generalquartiermeister scheinbar der mächtigste Mann. Er stürzte Falkenhahn und brachte Ludendorff an dessen Stelle. Er war ferner hervorragend beteiligt an der Entferrnung Bethmanns und bemüht — diesmal allerdings vergeblich — dessen zweiten Nachfolger, den Grafen Hertling, zu beseitigen. Seine politische Tätigkeit begründet Bauer damit — und er hat nicht völlig unrecht —, daß Politik und Heeresführung nicht scharf getrennt werden könnten.

Oberst Bauer bekennt sich in seinem Buch — was manchen wundern wird — zur Demokratie und zum Sozialismus, wobei er die Demokratie als eine Auslese der Lügner und den Sozialismus als eine Art von Nächstenliebe aufgefaßt haben will. Lediglich gegen Pseudodemokratie und Pseudosozialismus („Kapitalismus des Proletariats“) richtet sich sein

Kampf. Von vielen Herren der O.H.L. wurde Bauer für einen halben Sozialdemokraten gehalten.

Der Oberst beschönigt in seinem Buche nicht die vielen Fehler, die vor und während des Feldzuges gemacht worden sind. Er geißelt scharf die deutsche Vorkriegspolitik, die die Erlangung einer Weltmachtstellung für Deutschland erstrebte, ohne bereit zu sein, sich entweder mit Großbritannien zu verständigen, oder sich auf die blutige Auseinandersetzung mit diesem Lande gebührend vorzubereiten.

Bauer tadelt weiter heftig, daß wir unsere Wehrfähigkeit vor dem Kriege nicht voll ausgenutzt hätten, und daß kaum 50 Prozent der Wehrfähigen im Frieden eingestellt worden wären. Noch schlimmer sei es gewesen, daß die Zahl der Offiziere und Unteroffiziere zu niedrig war. Auch habe es bei Beginn des Krieges an Maschinengewehren, schwerer Artillerie, leichten Feldhaubitzen mit großer Schußweite, Munition, Flugzeugen, Lastkraftwagen, Funkentelegraphen und Feldpostbahnmaterialelektromotoren gefehlt. Hätten wir diese Gerätschaften in ausreichender Masse besessen und unsere Wehrkraft voll ausgenutzt — die Marnetatschraube wäre seiner Meinung nach nie gekommen. Ich bezweifle, daß der Oberst hier recht hat, denn die Marnetatschraube ist in erster Linie auf strategische Fehler zurückzuführen. Und hätten wir vor dem Kriege stärker getüchtigt, so hätten Frankreich und Rußland dies ebenfalls getan, und das Kräfteverhältnis wäre daselbst geblieben.

Oberst Bauer stellt ferner fest, daß im Generalstab und bei den höheren Führern alles Technische den Reizgeschmack des Nebenbühlers hatte und behielt. Es galt nur die Strategie und Taktik. Nun war aber dieser Krieg in erster Linie ein Krieg der Technik. Die souveräne Betrachtung des Technischen mußte sich daher bitter rächen. Auf derartige Anschauungen der maßgebenden Stellen dürfte es auch mit zurückzuführen sein, daß, wie Bauer berichtet, die Gaskruppen nur zögernd und ungenügend vermehrt wurden, und daß der Bau von U-Booten und U-Kreuzern, Tanks und Landabwehrmitteln vernachlässigt wurde. Bauer selbst hat die Bedeutung der Technik im Kriege scheinbar rechtzeitig erkannt. Er wurde für seine Verdienste um die Entwicklung der schweren Artillerie, die bekanntlich im Kriege eine ausschlaggebende Rolle gespielt hat, von der philosophischen Fakultät der Universität Berlin, nach der Eroberung Antwerpens, zum Ehren doktor ernannt.

Der Sieg von Tannenberg ist zum Teil (wenn auch nur indirekt) auf das Konto des Obersten Bauer, bzw. seiner Mitarbeiter zu setzen. Der Generaloberst von Britowitz, der im Osten operierte, meldete der O.H.L., daß er vor der fünfsfachen Übermacht (Rennenkampfs und Sasonows) weichend, den Rückzug hinter die Weichsel antreten wolle. Das bedeutete den Verlust Ost- und Westpreußens. Der Krieg wäre damit wahrscheinlich zu Deutschlands Ungunsten bereits nach kurzer Dauer entschieden gewesen. Hören wir, was der Oberst Bauer dazu schreibt:

General v. Moltke, der Generalstabschef, war, als der Rückzugsbefehl gemeldet wurde, stark erschüttert, aber an einen energischen Gegenbefehl dachte er nicht. Da hängten sich meine beiden Mitarbeiter — die Hauptleute Meyer und Harbou — ans Telefon, und es gelang ihnen in stundenlangem Bemühen, die Korps im Osten selbst zu sprechen. Alle Korps hielten die Lage für ernst, aber den Rückzug für überflüssig.

Mit den ausgenommenen Notizen ging es zu Stein, dann zu Moltke, und siehe da: mit Erfolg! Ludendorff wurde als Chef für den Osten bestimmt, Hindenburg zum Nachfolger von Britowitz ernannt. . . . Ohne Aufenthalt eilte Ludendorff im Sonderzuge durch Deutschland nach Osten und nahm nur unterwegs in Hannover General v. Hindenburg auf. Wieder vergingen einige Tage, und dann hörte die Welt mit Staunen von Hindenburgs Sieg bei Tannenberg.“

Der Durchbruch bei Gorlice war zwar ein großer Militärerfolg, aber er führte nicht zur Zerstörung des russischen Heeres.

Oberst Bauer schreibt dazu: „Es sollte sich rächen, daß Hindenburg-Ludendorffs Plan, auf die Offensive von Gorlice einen Stoß über Wina in südsüdlicher Richtung folgen zu lassen, nicht durchgebrungen war. Der Kaiser — im Banne Falkenhahns und Tappens stehend — hatte es persönlich abgelehnt. Und doch wäre durch eine solche Operation wahrscheinlich eine vernichtende Katastrophe über Rußlands Heer hereingebrochen.“

Von großem Interesse sind die Urteile, die Bauer über die führenden Leute der damaligen Zeit, mit denen er dienstlich ständig zu tun hatte, fällt.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres, Generaloberst von Moltke:

Wilhelm von Kobell.

Ein Urbater badischer Landschaftskünstler. Der Name Kobell, der eine mehrstimmige Künstlerfamilie (um 1800) einschließt, führt uns in eine Zeit zurück, die im Anschluß an die Tradition des großen niederländischen 17. Jahrhunderts — wer kennt Ruissdael nicht? — in Deutschland auf der ganzen Linie eine Neubelebung und Weseelung der Landschaftskunst, über den bloßen Realismus oder das kompositionelle Schema hinaus, brachte. In Hamburg — um nur einige herauszugreifen — wirkte Ph. D. Runge, in Dresden C. D. Friedrich und C. G. Carus, in der Schweiz hatte Sal. Gessner den Boden vorbereitet; die natürlichste Landschaftsdarstellung aber strebte die „Pfälzische Schule“ in Mannheim unter Ferdinand Kobell (1740–99), dem Haupt dieser gleichnamigen Malerfamilie, an, deren bedeutendstes Mitglied dann der Sohn Wilhelm v. Kobell, der Schlachten-, Reiter- und Landschaftsmaler, wurde; seine „Belagerung von Kofel“, das „Pferde bei der Tränke“ sind deutsches Allgemeingut. Eine größere Anzahl von Bildern und Bildchen in den Galerien in Karlsruhe, Mannheim und Donaueschingen läßt uns Einblicke in das kunstvolle Ferdinand und Wilhelms tun. Beide Meister, insbesondere aber der Sohn als der größere, haben neuerdings in erweiterter Rahmen eine historische und persönliche Würdigung erfahren, die ihre Bedeutung

Hermann Hildebrandt: „Münchener Landschaftskunst im 19. Jahrhundert“, mit 81 meist ganzseitigen Abbildungen, gebd. 80 M., in Ganzleinen 90 M. Desphing-Verlag München. Ein herrliches Stück Natur lebt in den Bildern der besten Meister von den Kobells bis herab zu Karl Haider und die Modernisten auf, die alle mit ihren Werken in große geschichtliche Zusammenhänge eingebunden sind. In die Gesamtbehandlung mit hinein verweben ist auch das Wirken der für unsere engere Heimat so wichtigen älteren und neueren Maler wie die Heidelberger Höfer, Fried und Rottmann, ferner G. W. Jffel, Baisch, Schönleber, Dill und vor allem Hugo, Thoma und Trübner. Neben Beringers „Badischer Malerei“ dürfte dies wertvolle Buch in keinem heimischen Kunstschatz fehlen; besonderen Nutzen birgt ein angehängtes Verzeichnis aller in Betracht kommenden Künstler mit biographischen Angaben in sich. — Dr. Oscar Gehrig.

tung, für unsere heimatische und darüber hinaus für die deutsche Kunstentwicklung endgültig festlegt. Hören wir kurz, was Hildebrandt in einem eigenen Kapitel über Wilhelm von Kobell sagt:

„Dieser lebenswürdige Künstler, der in einem langen Leben Winkelmanns Tod und die ersten Weltausstellungen einschließt (1766–1856), hat viel dazu beigetragen, ein nach malerischen Bedingungen allein gefaltendes künstlerisches Sehen zu erzeugen. Die Beschäftigung mit seinem Werk, das in Bildern und Notizen geleitet, Annäherungen trauriger Zweisprache gestattet, wie sie dem modernen Menschen gegenüber Kobells dekorativ überhöhen oder feilsch befangenen Vorgängern niemals möglich sind, gehört zu den erlebtesten Genüssen einer romantisch empfindenden Pflanze. Das leise Versinken in der bescheidenen Naivität, die den Grundzug der Kobellschen Kunst bildet, gibt den von den Stürmen der Gegenwart erschütterten Nerven ein unbeschreibliches Wohlbehagen, wie bei dem sanften Erlingen einer habdinschen Melodie. Der genialische Auftrieb ist ihrem Wesen immer fremd geblieben, obgleich der leichte Niederschlag eigenen Sehens und Sehens über sein Werk verbreitet ist. Die nach anderer Richtung hinüberstrebenden Zeitverhältnisse und die auf königlichen Befehl unter Cornelius geleitete Entwicklung der Münchener Kunst waren schuld, daß Kobell weniger Anerkennung gefunden hat, als er verdient. Höchst beachtenswert ist für die historische Beurteilung seiner Leistungen die Sicherheit seiner Naturbeobachtung. Manche seiner Bilder besitzen Vorzüge, wie sie später an Friedrich und Dahl gerühmt wurden. Er hat jedenfalls aus innerem Antrieb und mit strenger Konsequenz den Weg betreten, der abseits der Einschränkungen des Klassizismus in die Freiheit der persönlichen Kompositionsauffassung hinüberführt. . . .“

Als er sich entschloß, seinem Vater nach München zu folgen (1793), mußte in diesem sonst so ruhigen Dasein ein besonders schwerer Entschluß gefaßt werden. Denn die Residenz des pfälzischen Karl Theodor bot einwandern den Künstlern nur ein sehr bescheidenes Brot. . . . Die Bemühungen des Kurfürsten, ein stagnierendes künstlerisches Bewußtsein zu schaffen durch die Berufung von Pfälzer Künstlern nach München, waren trotzdem dem höchsten Wert. Denn letztere vermochten in ihrer neuen Heimat sich wider Erwarten rasch zu akklimatisieren, und ihre Tätigkeit gewann durch die glückliche Vererbung in einen neuen Erdboden, in dem anheimelnd heimische Gewächse nur kümmerlich fortkamen. Die Kobells sind die Anfänger

Er war aber keine Führernatur, sondern ein unentschlossener Mann, zudem bei Beginn des Krieges schwer krank. Seine Tätigkeit an der wichtigsten Stelle des Heeres war ein Verhängnis.“

Nach der Marneschlacht: „Die Panik ergriff das ganze Heer. Am schlimmsten aber sah es bei der O.H.L. aus. Moltke war völlig zusammengesunken. Er sah bleich vor der Karte, apathisch — ein gebrochener Mann.“

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres, General von Falkenhahn:

„Alles in allem war er eine ungewöhnliche Natur, die sicher einen glänzenden Staatsmann, Diplomaten oder Parlamentarier abgegeben hätte, der Feldherr lag ihm am wenigsten.“

Hindenburg: „In seinen Entschüssen als Feldherr und Strategie stützte er sich ganz auf Ludendorff.“ Die drei Kabinettschefs des Kaisers, v. Valentini, v. Müller, v. Lynker:

„Diese drei Männer haben auf den Kaiser sehr ungünstig gewirkt, am schlimmsten meines Erachtens der Chef des Zivilkabinetts, v. Valentini. Er hielt, glaube ich, jeden geraden festen Mann für höhere Stellen ungeeignet. Jedenfalls hat er auch nicht einmal einen hervorragenden Mann für einen wichtigen Posten herausgesucht, und andererseits hielt er schwache und verderbliche Personen mit Fähigkeit fest. . . . Nicht viel besser war Admiral v. Müller, der es verstanden hat, das Marineoffizierskorps durch eine Auslese der Ungeeigneten in den höheren Stellen „langsam, aber sicher“ zu schädigen. Alle Wahrheit und alle Selbstständigkeit wurde unterdrückt, und so hat er am Ende schließlich den Fall der Marine reichlich mitgearbeitet. (Er führte bei den jüngeren Marineoffizieren den begehrten Namen „Kasputin“). . . . Der Dritte im Bunde war der Chef des Militärkabinetts v. Lynker. Persönlich ein Ehrenmann, aber ohne Initiative und ohne jedes Verständnis u. Vermögen, die Tüchtigen herauszufinden.“

„Alle drei (Lynker-Müller-Valentini) waren ausgesprochene Bürokraten, die im Schema den Geflechten ihrer Macht saßen. Alle drei waren schwache Naturen und geborene Gegner starker Persönlichkeiten, alle drei endlich emfigte und ergebenste Fröboline, aber gerade das durch eine Gefahr für den Kaiser.“

Reichskanzler Graf Hertling: „Michaelis gab nur eine Gastrulle. Hertling, der dann kam, war ein Greis, verbraucht und arbeitsunfähig, uns fähig auch, die Zeit zu erkennen.“

Politische Neuigkeiten.

Vor der Entscheidung über Oberschlesien.

Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt mit, die vier Mitglieder des Völkerbundesrats, die mit der Vorlage des Berichts über die Teilung Oberschlesiens beauftragt seien, der belgische, brasilianische, chinesische und japanische Delegierte, würden ihre Arbeit ununterbrochen fortsetzen. Am Sonntag seien sie zweimal zusammengetreten. Die zweite Sitzung habe bis 3 Uhr morgens gedauert, in dessen habe ein vollständiges Einverständnis unter den vier Mitgliedern nicht hergestellt werden können. Die Vorlage des von den vier Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfs im Völkerbundsrat hätte Montag vormittag stattfinden sollen. Sie sei auf Mittwoch verschoben worden. Der Völkerbundsrat hat sich also noch nicht mit Oberschlesien beschäftigt. Er wird am Mittwoch unter dem Vorsitz von Nicotie Jibiti zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenkommen, um von dem Ergebnis der Beratungen der Vierer-Kommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Abend werde er sich über die dem obersten Rat für die Teilung Oberschlesiens zu empfehlende Lösung einigem. Das Gutachten des Völkerbundsrates werde dann dem Vorsitzenden des Obersten Rates, Briand, mitgeteilt werden.

Das „Journal des Débats“ veröffentlicht, offenbar aus amtlicher Quelle, folgende Mitteilung: Die englische und französische Regierung haben absolut keine Kenntnis von den Beratungen des Rats, der mit der Festlegung der Grenzlinien in Oberschlesien betraut ist. Die in dieser Frage veröffentlichten Mitteilungen beruhen auf keinerlei Grundlage.

Das englische Parlamentsmitglied Ennsworth schreibt in einem Brief an die „Times“:

Von einer richtigen Lösung der obereschlesischen Frage hängt die wirtschaftliche Lage Europas ab und damit verknüpft ist die Hoffnung auf ein Wiederaufleben des englischen Handels. Ein neues Schicksal droht hier mit ähnlichen Ergebnissen

jener langen Reihe von Malern geworden, die nach dem Tode Karl Theodors und dem Übergang des Thrones auf Max Joseph von den Stammvater des neuen Herrschers nach dessen geänderter Residenz übersiedelten. Wilhelm von Kobell traf es vor anderen glücklich, da er in München noch mehrere Jahre an der Seite des Vaters verbringen konnte.

Die Kunst des Gedächtnisses hatte dem jungen Maler eine vorzügliche literarische und künstlerische Erziehung gewährt. Wie es in dem Kobellschen Elternhause auslag, erfahren wir aus einem der „Briefe über Mannheim“ von Sophie La Roche, in dem es heißt: „Zerd. Kobells Physiognomie und sein Betragen geben zugleich den Gedanken ein, daß ihn die Natur selbst zu ihrem Maler bestimmen mußte. Er zeigt sich wie eine offene fruchtbare Landschaft, voll schöner Anhöhen und Felder, mit einem so lebhaft durchdringenden Fluß, der von dem Auge des edlen gefühlvollen Mannes verbreitet ist. . . .“ Der alte Kobell besaß vorbildliche Eigenschaften und außergewöhnliche Kenntnisse, die er sich bei längerem Aufenthalt in Paris und namentlich in Rom erworben hatte. Es nimmt fast Wunder, die leichte Beweglichkeit des viel gereiften Vaters beim Sohne nicht wiederzufinden. . . . Wilhelm mußte in Düsseldorf studieren, wo er Bouterwek kopierte, und dann erhielt er ein Stipendium zur Reise nach Rom, deren Nachwirkung jedoch in seinen Bildern nirgends zu bemerken ist.

In Wilhelm Kobells künstlerischer Entwicklung sind drei Perioden zu unterscheiden, die sich rein äußerlich durch den Übergang vom Jüngling zum Manne und späterhin zum Greise erklären. Die wichtigsten Werke stehen aber völlig außerhalb einer solchen Einteilung. Indem ich Kobells Tätigkeit nach und nach von den holländischen Schwachmalern und Kleinmalern abwandte, gewann sie im stillen Anschluß an ein eifriges Naturstudium eine durchaus realistische intime Landschaftsdarstellung. . . . Die Frühe dieser schon ganz impressionistischen Malerei ist einzigartig und nur die minutiöse, faste Behandlung der Stoffe in Proportionen, wie sie fünf Jahrzehnte später Epixweg auf sein Puppentheater beschwor, zeigt Kobell als ernsthaften Schüler Thorberchs. . . . Hier kommt eine ausgesprochen moderne malerische Kultur zu vortrefflicher Geltung, eine Stimmungsmalerei, die fünfzig Jahre vor Eduard Schleich und Adolf Bier entstanden, sich von den genannten Künstlern sogar darauf berufen kann, daß sie keinerlei Rücksichten auf Bevorzugung einer „schönen

nissen geschaffen werden. Jede Teilung Oberschlesiens würde ein wirtschaftliches Verbreden sein, nicht nur gegen die Provinz selbst und gegen Deutschland, sondern auch gegen Polen und das übrige Mitteleuropa. Das mindeste, was der Völkerverbund tun könne, sei, die Bewohner Oberschlesiens erst zu befragen. Oberschlesien sei der größte Entwicklungsindustrialbezirk Europas. Es sei unteilbar wie das Wert einer Uhr. Die Mehrzahl der Bevölkerung sei gegen eine Teilung. Sie wisse, daß sie den Ruin bedeuten würde.

Die ursprüngliche Abstimmung in Oberschlesien sei vorgenommen worden unter der Voraussetzung, daß die Bevölkerung darüber abstimmen soll, ob die gesamte Provinz an Deutschland oder an Polen fallen solle. Die ganze Welt wisse, daß, wenn die Abstimmung eine polnische Mehrheit ergeben hätte, die gesamte Provinz an Polen gegeben worden wäre. Wenn sich die Bevölkerung gegen eine Teilung erklärt, dann müsse man der Provinz örtliche Autonomie unter deutscher Souveränität geben. Diese sei zwar keine ideale Lösung: Polnisches Geld, polnische Arbeitergesetzgebung (bezw. deren Mangel) und polnische Unerschaffenheit auf der einen Seite der Grenzlinie und deutsche, deutsche Arbeitergesetzgebung und deutsche industrielle Tätigkeit auf der anderen Seite und dazwischen Boll- und Patzschranken bedeute den Ruin eines reichen Gebietes, das für Europa eine Lebensnotwendigkeit sei. Einmüthig schließt sein Schreiben mit den Worten: Die Welt braucht Frieden und Produktion, aber sie braucht noch mehr, nämlich einen wirklichen Völkerverbund. Wenn man dem Völkerverbund gestattet, in der oberschlesischen Frage einen Karren aus sich zu machen, dann würde er ebenso in Nistredit kommen, wie der Oberste Rat.

Infolge der beunruhigenden Nachrichten, die über das Schicksal Oberschlesiens von Genf aus verbreitet werden, ist der deutsche Botschafter in London, Herr Schamer, nach Berlin berufen worden. Er hat mit den zuständigen Stellen konferiert und ist dann nach London zurückgekehrt.

Die Kosten der Rheinlandbesatzung.

Vom Reichsfinanzministerium wird dem Reichstag eine umfangreiche Denkschrift über die Kosten der Rheinlandbesatzung vorgelegt, aus der wir nachstehend einen notwendigerweise sehr kurzen Auszug veröffentlichen. Die geradezu erschreckenden Zahlen der amtlichen deutschen Zusammenfassung bilden den Nachweis, daß die Besatzungskosten für sich allein eine Belastung des deutschen Volkes bedeuten, die die Kraft der Reparation auf das nachteiligste beeinflussen muß. Die alliierten Mächte haben selber schon die Notwendigkeit einer Verminderung dieser entsetzlichen Last erkannt, aber sie werden sich bald mit dieser Erkenntnis Ernst machen müssen, wenn sie ihren Zweck, Deutschland zahlungsfähig zu erhalten, erreichen wollen.

Die Ausführungen der amtlichen Denkschrift behandeln die Kosten der Rheinlandbesatzung nur im Rahmen des Friedensvertrages und des Rheinlandabkommens, also nicht die Kosten der Besetzung des westlichen deutschen Gebietes auf Grund der „Sanctionen“. Die Besatzungskosten der alliierten Mächte für das okkupierte Gebiet betragen bis zum Ende Dezember 1920, also für die 26 Monate seit dem Waffenstillstand, 3528 Millionen Goldmark, wozu nach gleicher Bedarfserrechnung bis zum Ende März 1921 weitere 408 Millionen Goldmark hinzukommen, so daß sich bis zum Ende März 1921 die Gesamtsumme von 3937 Millionen Goldmark ergibt. Dazu kommen die dem Deutschen Reich durch eigene Leistungen erwachsenen Kosten, die bis zum gleichen Termin auf 7314 Millionen Papiermark beziffert werden, welche zu den obigen beinahe 4 Milliarden Goldmark hinzuzurechnen sind. Nach den angeführten Summen sind die Kosten für die französische und die amerikanische Besatzung zusammen Zweidrittel des für die fünf Besatzungsmächte vorausgesehenen Gesamtbetrages.

Die Denkschrift tritt dann in eine eingehende Untersuchung der Ursachen der hohen Besatzungskosten ein. Sie betont, daß hinsichtlich der Rechtslage zwischen dem Standpunkt der deutschen Regierung und dem Standpunkt der Rheinlandkommission und der Besatzungsbehörden tiefgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Rheinlandkommission ist nach Auffassung der deutschen Regierung in ihren Entscheidungen und Ordnungen über die ihr vertraglich zugewiesenen Befugnisse hinausgegangen.

Dadurch, daß die deutschen Behörden durch Gewaltmaßnahmen gezwungen werden, die durch eine einseitige Interpretation der Bestimmungen des Rheinlandabkommens von der Rheinlandkommission gegebenen Vorschriften auszuführen, ist Deutschland trotz aller vertraglicher Regelungen der Willkür der Besatzung ausgesetzt. Es ist klar, daß unter diesen Umständen die für die Besatzung aufzuwendenden Kosten die Grenze einer

bei Abschluß des Rheinlandabkommens von den Vertragsparteien beabsichtigten — ordnungsmäßigen Wirtschaft überschreiten müssen. Entgegen den Bestimmungen des Rheinlandabkommens und dem Inhalt der Besprechungen in Versailles hat auch die Rheinlandkommission durch ihre Delegierten eine vollkommen ausgebaute Kontrollorganisation für das gesamte Besatzungsgebiet geschaffen. Es bestehen neben der Rheinlandkommission insgesamt 84 Kreisdelegierte und 10 Bezirksdelegierte, von denen jeder einzelne mit einem besonderen Statuten ausgestattet ist, wodurch, wie die Denkschrift eingehend darlegt, dem Deutschen Reich ganz erhebliche Kosten entstehen.

Die Aufstellung der Denkschrift zeigt, daß sich an Stelle der vertragsmäßig vorgesehenen vier Mitglieder eine tatsächliche Personalstärke der Rheinlandkommission und ihrer Delegierten von rund 1300 Köpfen ergibt. Unterstützt durch die Rheinlandkommission, haben die Besatzungsbehörden auch das fest umgrenzte Recht der Requisition, in zahlreichen Fällen vertragswidrig ausgeübt und es insbesondere dazu benutzt, sich Einrichtungen zu verschaffen, auf die sie dem Rheinlandabkommen entsprechend entweder gar keinen Anspruch haben, wie z. B. Bordelle, landwirtschaftliche Betriebe usw., oder auf die sie nur insoweit Anspruch haben, als die Einrichtungen nicht aus den vorhandenen Beständen an deutschen militärischen Anlagen beschafft werden können, wie zum Beispiel Flugplätze, Exerzierplätze, Schießstände, Sportplätze usw. Sie haben das Requisitionrecht dazu ausgenutzt, sich auch den unentgeltlichen Eintritt in Theater und Kinos und das Vergnügen der Jagdausübung zu äußerst günstigen Bedingungen zu verschaffen. In besonderem Maße gilt dies von den Flugplätzen. Entgegen der bestehenden vertraglichen Bestimmungen haben die Besatzungsbehörden umfangreiche Requisitionen von Gelände zur Einrichtung neuer Flugplätze vorgenommen und abgesehen von den bereits vorhandenen und ihnen zur Verfügung gestellten ehemaligen deutschen Flugplätzen eine ganz erhebliche Anzahl neuer Einrichtungen dieser Art auf Kosten des Deutschen Reiches geschaffen. Die Einquartierungsbestimmungen der Besatzungsbehörden der einzelnen Divisionen gingen alle in ihren Ansprüchen über den Bezugs der Einquartierung, der eine gewisse Einschränkung voraussetzt, weit hinaus.

Die Denkschrift, die für diese Anwendung der Einquartierungsbestimmungen zahlreiche Beispiele zeigt, führt zum Schluß aus, daß die Verbandsmächte die Notwendigkeit einer Herabminderung der Besatzungskosten grundsätzlich bereits anerkannt haben. Dies kommt schon in der Vereinbarung der drei Hauptmächte vom 18. Juni 1919 zum Ausdruck, wonach die Mächte bestrebt sind, nach Erfüllung bestimmter Voraussetzungen durch Deutschland die Besatzungskosten auf jährlich insgesamt 240 Millionen Goldmark zu begrenzen. Aber wie weit die ganzen Besatzungsverhältnisse zurzeit hieron noch entfernt sind, ergibt die Kostenaufstellung der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums, aber auch ein Einblick in den französischen Staatshaushalt für die Rheinarmee für das Jahr 1921, der mit 558 687 000 Frs. abschließt und abgesehen von den Kosten für die in Reich liegenden Brigaden auch diejenigen Ausgaben nicht enthält, die Deutschland auf Grund der ihm nach einigen Artikeln des Rheinlandabkommens obliegenden Leistungen erwachsen. Die Denkschrift betont, daß eine Verringerung nur möglich ist, wenn die von ihr dargelegten Ursachen für das gewaltige Anwachsen der Besatzungskosten beseitigt werden, das heißt die Besatzungsstärke eine durchgreifende Verringerung erfährt und damit ein Zustand hergestellt wird, der mit dem Zwecke der Besetzung und mit dem Sinn des Friedensvertrages und Rheinlandabkommens im Einklang steht.

Ludendorff über das deutsch-französische Verständnis.

General Ludendorff hat dem Sonderberichterstatler des „Deutere“ in München auf die schriftliche Anfrage, ob die Möglichkeit eines dauernden Einverständnisses zwischen Frankreich und Deutschland bestehe, ob die deutschen Interessen nicht notwendigerweise den französischen entgegengekehrt seien und ob schließlich nicht eine tiefergehende Feindseligkeit Frankreich und Deutschland trenne, geantwortet und erklärt:

1. er halte ein dauerhaftes Einverständnis zwischen Deutschland und Frankreich für möglich, das eigentliche Hindernis bilde die augenblickliche Form des Versailler Friedensvertrages.
2. Er glaube nicht, daß die französischen und deutschen Interessen notwendigerweise entgegengekehrt sein müßten, er sei vielmehr der Ansicht, daß die beiden Nachbarstaaten die auf industriellen Gebiete hinüber abhängerig sind, auch gewisse parallele wirtschaftliche Interessen hätten.

dem Emporschlagen der Flammen an der Stelle seines Verschwindens. Wenn man dieses Flammenspiel als Folge eines Erdbehens oder Ungewitters deuten soll, so muß dies weniger zweifelhaft gemacht werden.

Auch in musikalischer und darstellerischer Hinsicht war die Aufführung zu loben. Die Titelpartie verkörperte Herr Wehrauch mit großer, von geistiger Durchdringung der Rolle zeugender, darstellerischer Gewandtheit. Temperamentvoll, beherrscht und rücksichtslos, Verführer aus angeborenem Trieb, war sein Don Juan eine in allen Phasen feste Gestalt, deren Wirkung durch die prachtvolle, von Wohlklang getragene, technisch sauber ausgeführte und von ausdrucksvoller Charakteristik behobte gefangliche Leistung in idealer Weise vertieft wurde. Als Donna Elvira hatte man die Münchener Kammerfängerin Hermine Bosetti gewonnen, deren hochentwickelte Gesangskultur und vornehme Darstellungsfähigkeit sich immer wieder aufs Neue bewährte. Mit großem Verständnis hat sich Frau Tracem-Brügelmann in die Partie der Donna Anna hineingelegt, die in ihrer Verkörperung wohlthuende Momente dramatischer Einschlags erhält; man vergleiche die Negativ-Erzählung und die anschließende Nacharie im 1. Akt. Aber die gefangliche Durchführung der Rolle durch die treffliche Künstlerin brauchen wir nicht mehr zu sagen. Neu war Herr Glah als beglückter, humorvoller und feinsinniger Leporello. Fräulein Rodegg beherrschte den Mozartgesang noch zu wenig, um — trotz ihres stolzen Spiels — als Witzgellein völlig zu befriedigen. Hier gilt es für die junge Künstlerin, noch emsige Arbeit zu leisten. Der Komtur Herr Giesens war in der ersten Szene gut; in der Schlussszene vermißt man das Unheimliche, Graueninspörende, das von diesem Voten aus dem Jenseits ausgehen soll. Herr Malchotta gab einen verbitterten Rasetta. Herr Schwertzi sang den Don Octavio etwas matt. Deshalb bekommt man übrigens Herrn Venturio, den neuen Irvinschen Tenor, so selten zu hören? Das Orchester spielte unter der Leitung von Fritz Coriologis mit gewohnter Sauberkeit, Klangschönheit und Ausdruck. Besondere Erwähnung verdient wiederum die geschmackvolle, stilvolle Ausstattung nach den Entwürfen Fr. Schellenbergs. Das vollbesetzte Haus spendete der Aufführung und den Darstellern sowie dem Dirigenten und dem Regisseur, Herrn Ruffard, herzlichen Beifall.

3. Die anti-französische Tendenz eines großen Teiles der deutschen Presse erklärte sich daraus, daß die französische Politik immer mehr im deutschen Volke die Ansicht verankert habe, Frankreich wolle die vollkommene Vernichtung Deutschlands. Diese Gefühle werden verschwinden, sobald die französische Regierung sich entschließen könne, ihre Politik zu ändern. Eine solche Politik wäre möglich, ohne daß sich Frankreich von seinen augenblicklichen Alliierten trenne und ohne daß es in einen Konflikt geraten müßte.

Kurze polit. Nachrichten.

* Verhaftung des Kapistens Schiele. Den Münchener Blättern zufolge ist der wegen Hochverrat im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch verfolgte Arzt Dr. Schiele, der sich verhaftet wurde, in Bayern verhaftet worden.

* Die Geheimnisse der „Hundertschaft 3. B. 8.“. Gegen den Polizeikommissar Erwin und den Polizeihauptwachmeister Meyer von der „Hundertschaft 3. B. 8.“ in Berlin, wurde ein Verfahren wegen Mordes eingeleitet. Es wird ihnen zur Last gelegt, am 15. Juni den Oberwachmeister Buchholz ermordet zu haben, um zu verhindern, daß Buchholz, gegen den ein Verfahren wegen Unterschlagung eingeleitet war, die politischen Maßnahmen der Hundertschaft verrate. Der Prozeß kommt in der nächsten Schwurgerichtssitzung des Berliner Landgerichts 3 zur Verhandlung. Die Angeklagten bestritten jede Schuld.

Badische Uebersicht.

Zu den Landtagswahlen.

Die Wahlvorschlagsliste der Deutsch-Demokratischen Partei im 4. Wahlkreis enthält folgende Namen: 1. Schmitt, Otto, Regierungsrat in Baden-Baden; 2. Walter I., Johann Georg, Landwirt und stellb. Bürgermeister in Rehl a. Rh.; 3. Frau Frieda Sauer geb. Gönner in Lah; 4. Müller, Gustav, Schlossmeister und Handwerkskammermitglied in Offenbach; 5. Rheinboldt, Gustav, Kaufmann und Gemeinderat in Rastatt; 6. Hermann, Karl, Hauptlehrer in Gernsbach (Murgtal); 7. Frau Verta Nau geb. Fuchs, Stadtverordnete in Baden-Baden; 8. Wöhle II., Georg, Reichsdecker in Gutach, Amt Wolfach; 9. Koch, Ludwig, Gewerkschaftsvorstand in Bühl; 10. Weiz, Heinrich, Vätermeister und Landwirt in Rheinböschheim, Amt Rehl; 11. Kubn, Fritz, Fabrikant in Steinbach, Amt Bühl; 12. Karcher, Dominus, Landwirt in Rotenfels, Amt Rastatt; 13. Rudolf I., Wilhelm, Landwirt und Altbürgermeister in Dundenheim, Amt Lah; 14. Nisinger, Emil, Architekt in Baden-Baden.

Die Kandidatenliste der Deutschen Nationalen Volkspartei für den 5. Landtagswahlkreis enthält folgende Namen: D. Mayer, Geh. Oberkirchenrat, Fabrikant Habermehl, Forstheim, Rechtsanwalt Schmidt, Bretten, Glasmeister Ferdinand Lang, Karlsruhe, Kaufmann und Landwirt Kammerer, Graben, Frau Sofie Meyer, Arbeiterin, Forstheim, Breithaupt, Gerichtsvorsteher, Karlsruhe, Maul, Landwirt, Königsbach, Specht, Professor, Bruchsal, Seibert, Geheimrat, Karlsruhe, Marold, Hauptlehrer, Forstheim, Kunle, Landwirt, Scholze, Geometer, Ettlingen, Walther, Mühlensbesitzer, Dornung, Weichenwälder, Friedrichstal, Müller, Landwirt, Obsthof Forstheim.

Der deutschnationale Wahlvorschlag für den 3. Wahlkreis (Freiburg) enthält folgende Namen: Dr. Hans Hausbrath, Universitätsprofessor in Freiburg; August Scholer, Landwirt, Galtensweiler; Dr. Gustav Raier, Professor, Neustadt; Fritz Fischer, Schneider, Freiburg; Fräulein Marie Rodholz, Freiburg; Bernhard Schwörer, Bezirksassistent, Keningingen; Gustav Fehler, Schriftsetzer, Freiburg; Ernst Sonntag, Hausbesitzer, Waldkirch; Ludwig Siefert, Schreiner, Nippenheim; Adolf Wickersheim, Landwirt, Walldingen; Ernst von Christmar, Generalmajor a. D., Freiburg; Frau Verta Flemming, Privat, Freiburg; Julius Nömmle, Maschineningenieur, Freiburg; Georg Gager, Farmer, Nippenheim; Wilhelm Günther, Hauptlehrer, Freiburg-Bühlingen; Marie Freytag von Marschall, Neuershausen; Siegfried Straub, Rechtsanwalt, Freiburg.

Die Frauenwoche des Oberschlesier-Hilfswerks.

Der Verband der deutschen Landes-Frauenvereine vom Roten Kreuz, der Bund Deutscher Frauenvereine, die Reichs-Frauenvereine der Deutschen Nationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Deutsch-Demokratischen Partei, das Reichs-Generalsekretariat der Deutschen Zentrumspartei, der Jüdische Frauenbund Berlin u. noch andere führende Frauenvereinigungen rufen jetzt zu einer allgemeinen Frauenwoche zugunsten des Oberschlesier-Hilfswerks auf, die für den 16. bis 23. Oktober geplant ist. In dem Aufruf erinnern sie an das unsagbare Leid der mißhandelten, beraubten, aus ihrem friedlichen häuslichen Vertriebenen oberschlesischen Frauen und rufen die deutschen Frauen und Mädchen auf, die Not dieser heldenhaften Dulderinnen lindern zu helfen. Es sind für diese Woche Veranstaltungen geplant, deren Einnahmen reiflos dem Oberschlesier-Hilfswerk zugute kommen. Wie schon so oft der Ruf des Oberschlesier-Hilfswerks nicht ungehört verhallt ist, so wird auch diesmal, wo Deutschlands Frauen auf den Plan gerufen werden, der Erfolg ein großer sein.

Keine Aufrufung österreichisch gestempelter Banknoten.

Man schreibt uns: Mit Rücksicht auf die in ausländischen Zeitungen gebrachte ungenaue Wiedergabe der durch die Liquidatoren der Österreichisch-Ungarischen Bank, beziehungsweise durch die ausländischen Regierungen erfolgte Aufrufung der im Auslande befindlichen Noten dieser Bank und um daraus etwa entstandenen Mißverständnissen sowie einer überflüssigen Beunruhigung der Besitzer österreichisch gestempelter Banknoten zu begegnen, ersuchen wir gebeten, die Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen, daß die erwähnte Aufrufung nur die ungestempelten Noten der Österreichisch-Ungarischen Bank zum Gegenstande hat, daher die mit dem Stempel eines Nachfolgestaates versehenen Noten der Österreichisch-Ungarischen Bank nicht betrifft und daß speziell die mit dem roten Aufdruck „Deutschösterreich“ bezeichneten Banknoten der Republik Österreich weder anzunehmen noch einzulösen sind, da diese als Banknoten der Republik Österreich zahlungsfähig sind und uneingeschränkt als Zahlungsmittel in Österreich und auch weiterhin als Zahlungsmittel der gewöhnlichen geschäftlichen Umsätze anzusehen sind.

WICHSMÄDEL
das BOHNERWACHS
der besseren HAUSFRAU
Verkaufsstellen:
Drog. M. Teichmann, Amalienstr. 19; Drog. A. Vetter, Zirkel 15, Ecke Adenstraße.
Hersteller Wichsmädelwerke, Dresden-Neick.

Ausicht“ gekommen hat. Den höchsten Reiz bewährt R. in kleinen Naturstudien ohne Staffage, die den vielgerühmten Skizzen Wassmanns um lange Jahre vorausgehen. Hier ist es ihm gelungen, seiner tiefen Liebe für die Natur einen künstlerischen Ausdruck zu geben, der in einer vom ernsthaftesten Realismus gehaltenen Innigkeit des Mitempfindens das Höchstmögliche anzeigt, das die Münchener Landschaftskunst in der ersten Hälfte des Jahrhunderts auf dem Gebiet der intimen Landschaft nicht überschritt.

„Wilhelm von Krieger“ Bedeutung ist erst in unserer Zeit erkannt worden. Einzel oder der andere stille Liebhaber seiner Kunst war wohl vorhanden, ehe sein Name durch die deutsche Jahrbuchveröffentlichung in Berlin und nachher durch die retrospektive Ausstellung im Münchener Glaspalast 1906 bekannt wurde.

Landestheater.

Don Juan.

Mit der Neueinstudierung des „Don Juan“ hat das Landestheater wieder ein dankenswerthes Stück künstlerischer Arbeit geleistet. Man hat dem Werk vor allem einen würdigen neuen Rahmen gegeben: Bühnenbilder (von Emil Burkard geschaffen) voller Stimmung, landschaftlich und architektonisch aufeinander eingestellt und von malerischer Wirkung, die auch in der Licht- und Farbenabstufung dem Erfordernis der einzelnen Szene entsprechen. Alles in tünchlicher Vereinfachung, doch ohne jede Nüchternheit. Besonders gut waren die Szenen- und Straßenbilder, doch auch die Frage der Innenräume im Schloß Don Juans erscheint, abgesehen von dem im Verhältnis zu den beiden Nuffelstraden etwas eng geratenen Fest- und Ballsaal, jetzt befriedigend gelöst. Die dunkle Vorhalle im Erdgeschoß von Donna Annas Hause, in der sich im zweiten Akt die Hauptpersonen (mit Ausnahme Don Juans) auf bisher nicht aufgeklärte Weise, wenn auch nach der Vorlesung des Prologes, zusammenfinden, ist in Fortfall gekommen. Das Zusammenkommen erfolgt jetzt vernünftigerweise im Freien. Die Szenenführung selbst hat im Allgemeinen geschickt, dramatisch überzeugend; nur der Schluß ist in mehrfacher Hinsicht unklar und unbefriedigend. Der Geist ist in diesem Falle doch kein Abgesandter der Hölle, braucht also nicht in diese zu versinken; daß er dies tut, schließt aber der Zuschauer aus

Eine Rote Kreuz-Tagung in Karlsruhe.

DZ. Gestern vormittag trat im Kleinen Festhallsaal der Verbandstag der Deutschen Krankenpflegevereine vom Roten Kreuz zusammen, der von Generaloberarzt Erzellenz Werner mit herzlichen Begrüßungsworten an die zahlreichen Delegierten und behördlichen Vertreter eröffnet wurde. Nach einer Reihe von Begrüßungsansprachen wurde der Geschäftsbericht erörtert. Danach gibt es 50 Mutterhäuser, 5363 Oberinnen und Schwestern und 1378 Schülerinnen. Während sich die Zahl der Schwestern gegen 1913 um rund 1000 vermehrt hat, ist jene der Schülerinnen etwas zurückgegangen. Die Schlussfolgerung hieraus ist die Ausgestaltung der Schwesternfürsorge. Krankenanstalten bestehen 2134 mit 3768 Betten, Säuglingsheime, Siedehausanstalten und dergleichen 47 mit 556 Lagerstätten.

Hauptgegenstand der Tagung bildet die **Frauenarbeit im Deutschen Roten Kreuz**. Professor van den Velde sprach über die alternde Schwester und empfahl als Mittel gegen die Berufsmüdigkeit neben der nötigen Erholung die Ausbildung in allen Zweigen sozialpolitischer Hilfstätigkeit, nicht nur in der Krankenpflege. Längere Schulung im Verein mit erfahrenen Schwestern sei nötig, dann werde auch die Freude an der Mitarbeit gesteigert. Die Schwestern sollen nunmehr gegen Alter und Invalidität versichert werden in einer eigenen Klasse, deren materielle Grundlage bereits geschaffen ist. Über diesen Plan und die Satzungen des Schwesternversicherungsvereins berichtete Erzellenz Werner. Die Aussprache ergab prinzipielle Zustimmung. Weiter wurden Vorschläge zur Änderung der Schwesterntracht besprochen. Im Laufe der Tagung werden verschiedene Anstalten der Stadt besichtigt.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Fahrpreismäßigung. Der Herr Reichsverkehrsminister hat die zum 1. März 1921 aufgehobene Fahrpreismäßigung für Unterjütlige des Deutschen Museums von Reisterwerfen der Naturwissenschaft und Technik in München (halber Fahrpreis in 3. Klasse der Personenzüge) mit sofortiger Wirkung auf der Reichsbahn wieder eingeführt und sie ebenso wie die Vergünstigung bei Fahrten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken auch auf die 4. Wagenklasse ausgedehnt.

DZ. Heidelberg, 7. Okt. Gegen den früheren Privatdozenten Dr. Ruge aus Heidelberg, der unter dem Namen Geheimrat Berger in Schlesien eine deutschpöhlische Geheimorganisation leitete, erläßt der Oberstaatsanwalt am Landgericht Breslau einen Steckbrief, in dem Ruge wegen Geheimbündelei, unerlaubten Waffenbesitzes, Urkundenfälschung und versuchten Mordes verfolgt wird. Ruge war bereits vor einigen Wochen im unbesetzten Oberschlesien verhaftet worden, wurde aber dann sofort wieder freigelassen und wurde vorübergehend in Heidelberg gesehen.

DZ. Freiburg, 6. Okt. (Schwurgericht.) Vor dem Schwurgericht kam nochmals der Raubversuch vom 2. Januar d. J. im Schnellzug Basel-Amsterdam zur Verhandlung. Der Mitschuldige des bereits bestraften Täters Wutschler, der 26-jährige Kaufmann Otto Benis von Krozingen, wurde nun zu vier Jahren und 3 Monaten Gefängnis und zu 5 Jahren

Erbschaftssteuer, 4 Monate Unterjütlingshaft, wofür ihm abgerechnet. Benis hatte bei der ersten Verhandlung eine falsche eidliche Aussage gemacht, indem er seine Mitläuferhaft leugnete. Zweimal hatte er mit Wutschler eine Reise in dem Schnellzug von Wülflingen nach Freiburg, um einen Raub auszuüben, mitgemacht. Wutschler hatte aber nie bei diesen Fahrten den Mut zur Tat. Erst bei der dritten Fahrt führte er die verhängnisvolle Tat aus. Benis gab nach der Tat dem Wutschler Geld zur Flucht, bot ihn aber, ihn ja zu schonen bei evtl. Vernehmungen, wovon er Verlangen auch Wutschler nachkam, bis er durch Zeugenaussagen sich so in die Enge getrieben sah, daß es länger kein Verschweigen mehr geben konnte.

DZ. Freiburg, 10. Okt. Laut „Freiburger Tagespost“ ist der Führer von Hirsfeld, der seinerzeit das Attentat auf Erzberger ausführte und infolgedessen zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt war, von Offenburg nach Freiburg in die Psychiatrische Klinik überführt worden. Bekanntlich befand sich von Hirsfeld zurzeit der Ermordung Erzbergers zur Erholung im württembergischen Schwarzwald und wurde deshalb mit dem Mord in Verbindung gebracht. Sein Zustand, der sich nach wiederholter Inhaftnahme zusehends verschlechterte (sogenannte Hartpsychose), machte, dem genannten Blatt zufolge, diese Überführung notwendig.

Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Die katholische Kirchengemeinde Karlsruhe hatte sich gestern abend im großen Festhallsaal zu einer Franziskanerfeier eingeladen, an der auch der zurzeit in Karlsruhe weilende Erzbischof Dr. Frig teilnahm. Geistl. Rat Lutz von St. Stephan begrüßte die Anwesenden, unter denen sich Staatspräsident Trunt und Finanzminister Köhler befanden, mit herzlichen Worten des Willkommens. Die Festrede hielt Vater Dionysius, Domprediger in Köln. Nach diesem sprach der Erzbischof in zu Herzen gehenden Worten über Franz von Assisi und die große Not unseres armen deutschen Volkes. Die Vereinigten Kirchengemeinden, das Orchester des Landes-Theaters und Opernsänger Franz Schwert erstreuten unter der Leitung des Chorleiters Frig durch die von künstlerischem Geist besetzte Wiedergabe einer Vortragsfolge aus dem Oratorium „Franziskus“ von Edgar Tinel.

DZ. Lehrerschaft und Reichsschulgesetz. In einer Versammlung im Konzerthaus, die gestern abend stattfand und hauptsächlich aus den Kreisen der Lehrerschaft bestand, sprach der Geschäftsführer des Deutschen Lehrervereins, Teis aus Berlin über den neuen Reichsschulgesetzentwurf. An den Vortrag schloß sich eine längere Diskussion, als deren Ergebnis folgende Resolution zur Annahme gelangte:

„Die heute im Konzerthaus in Karlsruhe versammelten Angehörigen der verschiedenen Berufsklassen, lehnen den zurzeit dem Reichsrat vorliegenden Entwurf eines Reichsschulgesetzes zu § 146 Abs. 2 der Reichsverfassung mit aller Entschiedenheit ab. Sie erklären in dem Entwurf die größte Gefahr für die deutsche Schule und das deutsche Volk. Er vernichtet die Schulfreien und drückt die Leistungen der Schule herab. Statt Friede und Eintracht trägt der Entwurf Streit und Hader in Staat, Gemeinde und Familie. Die Versammlung fordert deshalb von der Reichsregierung die Zu-

stimmung des Entwurfes und die Vorklage eines Gesetzes, das auch dem Geiste des § 146 Rechnung trägt. Für Baden ist die gemeinsame Schule nach der Reichsverfassung in der seit Jahrzehnten bestehenden Simultanschule gegeben.“

Deutscher Sprachverein. Am Freitag abend veranstaltete der Deutsche Sprachverein im großen Rathhause einen Vortragsabend, in dem Professor Dr. Behagel aus Gießen über die deutschen Schimpflieder sprach. Der Redner ging zunächst von der völligen Verschiedenheit der deutschen gegenüber der Sprachen anderer Völker aus und entwickelte dabei in anschaulicher und humorvoller Weise ein lebendiges Bild des mannigfaltigen und bisher nur wenig beachteten Gebiets der deutschen Schimpflieder. Die Zuhörer folgten den von umfangreicher Sachkenntnis zeugenden Ausführungen des Redners mit großer Aufmerksamkeit und zollten ihm zum Schluß lebhaften Beifall. Dem Verein, der sich lebhaft die Pflege der deutschen Sprache zur Aufgabe stellt, ohne damit irgend welche politische Ziele zu verknüpfen, wäre ein zahlreicherer Besuch seiner Veranstaltungen dringend zu wünschen.

Badische Gemeindegewinnung.

DZ. Freiburg, 6. Okt. Aus der letzten Sitzung des Stadtrats wird mitgeteilt: Dem Bürgerausschuß wird demnächst eine Vorlage über den Bau einer Straßenbahnlinie nach Littenweiler zugehen, um dem mehrfachen Verlangen der Einwohner dieses Dorfes gemäß dem Eingemeindungsvertrag Rechnung zu tragen. Eine wesentliche Verbilligung in den Anlagelosten sei in Zukunft doch nicht mehr zu erreichen, deshalb halte man den Zeitpunkt zur Errichtung dieser Linie jetzt für angebracht. Bekanntlich stellte das „Freiburger Tagblatt“ mit dem 30. September sein Erscheinen ein. Nach längerem Verhandlungen, bei denen auch das weitere Erscheinen des „Tagblattes“ erst in veränderter Form erzwungen wurde, kam nun eine Vereinbarung zustande, wonach die Verleger der hiesigen Tageszeitungen sich zur Gewährung eines entsprechenden Rabattes für die städtischen Anzeigen verpflichtet haben. Der Stadtrat hat beschlossen, die städtische Brennstoffversorgung mit Ablauf des Kalenderjahres aufzugeben. Die der Stadt noch verbleibenden Geschäfte der Kohlenbewirtschaftung werden dem Lebensmittellager übertragen. Nach dem Beobachtungen des Marktamtes ist durch die Aufhebung des Verkaufsverbotes für Händler auf dem Wochenmarkt keine Preissteigerung eingetreten. Der Stadtrat beschloß daher, das Verkaufsverbot für die Händler vorerst nicht wieder einzuführen.

DZ. Lössen, 6. Okt. Dem Bürgerausschuß wurden verschiedene wichtige Vorlagen unterbreitet, darunter u. a. auch eine Vorlage, die sich mit den Leuzingerzulagen an Beamte und Angestellte befaßt. Der Mehraufwand pro Jahr beträgt für die Beamten und Ausführenden rund 150 000 M., wenn Lössen in die Ortsklasse B eingereiht wird, so erhöht sich die Gesamtausgabe auf 190 000 M. In die Ortsklasse A eingereiht erhöht sich der Mehraufwand auf 240 000 M. Eine weitere Vorlage befaßt sich mit der Errichtung einer Zentralheizungsanlage für das städtische Krankenhaus, wofür 130 000 M. bewilligt werden sollen.

Serbbericht für Baden auf 10. Oktober 1921.

Nach den Berichten der Vertrauensmänner der landwirtschaftlichen Bezirksvereine für Weinbau-Gegenden zusammengestellt durch das badische Statistische Landesamt.

Reborte	Weißwein				Rotwein									
	Ertragsende (Babische Regen)	Durchschnittsertrag (nach Morgen)	Gesamt-ertrag	Wassergewicht (nach Doppel)	Bezahlter Preis für das hl	Verkaufsgang	Nach wertmäßiger Menge neuen Weines	Ertragsende (Babische Regen)	Durchschnittsertrag (nach Morgen)	Gesamt-ertrag	Wassergewicht (nach Doppel)	Bezahlter Preis für das hl	Verkaufsgang	Nach wertmäßiger Menge neuen Weines
Markgräfler Gegend:														
Brunern	80	6,5	520	80-90	1200-1350	gut	zieml. viel	-	-	-	-	-	-	-
Krozingen	40	16	640	80	?	flau	wenig	-	-	-	-	-	-	-
Pfaffenweiler	300	5	1500	85-95	1400	gut	?	-	-	-	-	-	-	-
Daitingen	64	10	640	74-79	1270	?	?	-	-	-	-	-	-	-
Feldberg	120	7	840	85	1200	?	?	-	-	-	-	-	-	-
Rauschen	95	10	950	85-98	1250	?	?	5	15	75	100	?	?	?
Oberreggenen	40	6	240	80-90	1000-1200	?	?	-	-	-	-	-	-	-
Kaiserstuhl:														
Vidensohl	150	8	1200	80-105	1050-1300	sehr gut	?	-	-	-	-	-	-	-
Oberrotweil	600	8	4800	80-105	1100-1700	gut	wenig	-	-	-	-	-	-	-
Sasbach (W. Breifach)	140	16	2240	?	666-800	?	ca. 1/2 des Serbites	30	12	360	?	1200	gut	ca. 1/2 d. Serbit.
Freisingen:														
Kreuzingen	130	12	1560	70-85	600	gut	wenig	-	-	-	-	-	-	-
Walterdingen	160	12	1920	65-70	650-700	?	?	-	-	-	-	-	-	-
Rimbürg	58	8	464	65-70	600	?	?	-	-	-	-	-	-	-
Ortenau und Bühler Gegend:														
Oberfisch	ca. 80	5	400	92-100	1450-1600	gut	wenig	-	-	-	-	-	-	-
Gengenbach	40	5	20	72-86	600-650	?	?	10	3,5	35	72-86	600-650	gut	wenig
Kappelrodeck	160	10	1600	83-90	1500-1700	?	?	100	10	1000	90-103	1600-1800	?	?

¹ Wein überhaupt. — ² Außerdem von 5 Morgen 60 hl Sektwein, Preis 800 M. das hl. — ³ Meistens Weißherbst.

Von Versailles bis London

von **Dr. E. Kraus**

Umfang 8 Bogen Preis Mk. 18.—

Motto: Erst halten die Fürsten das Volk so dumm, damit es sich nicht selbst regieren kann und dann sagen sie, das Volk sei zu dumm, um sich selbst regieren zu können. Kant.

Inhaltsverzeichnis:

Voraussetzungen der modernen Außenpolitik / Der Friedensvertrag von Versailles und die deutsche Politik / Die Konferenz von Spa. Vorbemerkungen und Ergebnis / Das Ergebnis von Spa in den europäischen Parlamenten Reichstag und Reichswirtschaftsamt. Spa vor dem französischen und vor dem englischen Parlament. Zusammenfassung und Wertung. / Das Völkerbundproblem. Deutsche Politik. Weltpolitik. / Die Finanzkonferenz von Brüssel. / Der Kampf um die Wiedergutmachung. Von Versailles bis London. Die Konferenz von London und das Ultimatum des Obersten Rates. Von London bis Wiesbaden. / Rückblick und Ausblick.

Dies Buch ist aus der Berufsarbeit des Politikers herausgewachsen. Es will versuchen, den wichtigsten Abschnitt der auswärtigen Politik Deutschlands allgemeinem Verständnis näher zu bringen und zeigen, daß Friedensvertrag, Wiedergutmachung, Völkerbund, der Wiederaufbau Europas usw. nur dann zu verstehen sind, wenn man die politischen Vorgänge vor und während des Krieges mit in Zusammenhang stellt, die politische Vorgeschichte der einzelnen Staaten heranzieht und daraus den zweckmäßigsten Weg praktischer Politik zu finden sucht.

Mögen recht viele aus diesem Buch die Anregung gewinnen, sich eingehend und gründlich mit der auswärtigen Politik zu befassen, um die großen Gegenwartsfragen nüchtern und unvoreingenommen vom Standpunkt pazifistischer Völkerbundspolitik zu sehen, möge insbesondere die Arbeiterschaft lernen, von unfruchtbarer Opposition zur Realpolitik, zur Mitarbeit am Staate emporzuwachsen.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe i. B.
Karlsruherstraße 14.

Badisches Landestheater.

Mittwoch, 12. Oktober 7 bis 9,10 Uhr Mk. 20.—

Volkshühne A I Der Troubadour.

Nachtrag

zum Ausschreiben der Fortabteilung des bad. Finanzministeriums in Karlsruhe über Schwelzenholz.

Die Fortabteilung verkauft freihändig im Wege des Stadterkaufs aus den Nr. 234 der Karlsruher Zeitung bezeichneten Staatswaldungen das in den Winterjahren 1921/22 anfallende Buchen-, Kiefern- und Eichen.

Schwellenholz.

Schriftliche Angebote nur **Waldpreise** je Festmeter (ohne Rinne) sind auf den **kostenlos** durch uns zu beziehenden **Angebotsbogen bis spätestens 31. Oktober 1921** einzureichen.

Zahlungsbedingungen: Barzahlung innerhalb eines Monats v. Tage d. Übergabe an gerechnet (Rabatt wird nicht gewährt); oder bei genügender Sicherheitsleistung **Zahlungsfrist** von 6 Monaten unter Anrechnung von 5 v. H. Stundungszinsen nach Ablauf eines Monats vom Tag der Übergabe an gerechnet.

Aber das Ergebnis des Verkaufs werden die Dieter 31. benachrichtigt werden. 3.305

Bürgerliche Rechtspflege.

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

3.304.2.1 Karlsruhe. Die **Monteur Wilhelm Bischoff** Ehefrau Hedwig geborene Keigel in Kolberg, Prozeßbevollmächtigte Rechtsanwältin Dres. Dieck, Krichenbauer, Weill und Siffinger hier, klagt gegen ihren genannten Ehemann, früher zu Karlsruhe-Küppur, Langestr. 76, jetzt an unbekanntem Ort, auf Grund der §§ 1565, 1568 BGB. mit dem Antrage auf Scheidung der am 20. Juni 1917 zu Reudorf geschlossene Ehe der Streitteile aus Verschulden des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die VI Zivilkammer des Landgerichts Karlsruhe auf Samstag, den 17. Dezember 1921, 9 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen. **Dum Buede** der öffentl.

chen Zustellung wird dieser Auszug der Klage bekannt gemacht.

Karlsruhe, 8. Okt. 1921. Der **Gerichtsschreiber des Bad. Landgerichts.**

Verchiedene Bekanntmachungen.

Erdbeton- und Dichtungsarbeiten

zur Herstellung des Kraft- u. Redarfsfahrkanals in 3 Rufen zu vergeben. (Staufufe Lodenburg (Gemarkung Ibsenheim u. Lodenburg), 3.212.2. Erdb. VI km 95-121 Erdbarbeiten rd. 600 000 cbm, Betonarbeiten etwa 14 000 cbm, Tondichtung 40 000 cbm. Staufufe Wiblingen (Gemarkung Doffenheim-Schwabenheim und Heibelberg). Ros II km 173 bis km 190: Erdbarbeiten 540 000 cbm, Betonarbeiten 540 000

cbm, Tondichtung 25 000 cbm. Ros I. km 190-226: Erdbarbeiten 800 000 cbm, Betonarbeiten 17 000 cbm, Tondichtung 34 000 cbm. Die **Verdingung** unterlagen und Pläne für Ros VI sind bei der Streckenbauleitung Lodenburg in Mannheim-Feudenheim (Schule) für Ros I und Ros II bei der Streckenbauleitung Wiblingen, Heibelberg, Eppelheimerstraße 46, einzusehen. Dasselbst Abgabe der Angebotsordrude ab Dienstag, den 11. Oktober. **Verdingung** nach auswärts findet nicht statt. **Befestigung** der Baufreien, erforderlich. Angebote mit Aufschrift „Angebot auf Erdbarbeiten der Staufufe Lodenburg“ bezw. „Wiblingen“ beschriftet und **postfrei** bis spätestens 1. November 1921, vorm. 11 Uhr, an das **Bauamt** einzureichen. **Zuschlagsfrist** 5 Wochen. **Redarbauamt Heibelberg.** Rißblatt 2.